

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 2 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16. Bräden-
straße 106 .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 12. Januar 1912

Inhalt: Beitragszahlung. — Parteipolitische Neutralität christlicher Gewerkschaften. — Gesellschaften. I. — Zur Frage einer Wagenkammer und Automobilkammer. — Zur Generalversammlung in München. III. — Dynamit und Gewerkschaften in Amerika. I. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911. — Kongreßbericht der amerikanischen Gewerkschaften. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus Industrie und Handel. — Aus anderen Organisationen. — Rechtspflege. — Rundschau. — Bäckerschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Briefkasten der Redaktion. — Adressenänderungen. — Ver Sammlungsstaten — Anzeigen.

Für die Woche vom 14. bis 20. Januar ist der 3. Verbandbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Parteipolitische Neutralität christlicher Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaftler und ihre Verbandsorgane als Hütdiger der Jesuitenmoral: „Der Zweck heiligt die Mittel!“ glauben sich einer argen Pflichtvergessenheit schuldig zu machen, wenn sie bei passender und unpassender Gelegenheit es einmal versäumen würden, die freien Gewerkschaften als sozialdemokratische Organisationen zu denunzieren und die Neutralität der christlichen Gewerkschaften zu betonen. Die Gründe dieser feindseligen Haltung sind ebenso durchscheinend wie selbstsüchtig und resultieren aus den Erfolgen freigewerkschaftlicher Tätigkeit. Der Neid, der übelste Berater, bringt unsere christlichen Freunde fast zum Veressen und darum verschmähen sie auch nicht die schmutzigsten Mittel anzuwenden, um zu ihrem Ziele, Vernichtung der freien Gewerkschaften, zu gelangen. Denn der christliche Weizen kann doch erst blühen, wenn die Regierung dem Unkraut der christlichen Gewerkschaftler nachgibt und die freien Verbände als politisch erklärt.

In diesem „edlen“ Wettstreit, die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zu vernichten und ihnen schließlich den Sarg zu machen, darf das Organ der christlichen Lederarbeiter nicht fehlen. Ja, wenn die W.-Gladbacher Schule Preise an ihre Böllinge verteilen sollte, so dürfte der Redakteur dieses Organs nicht leer ausgehen. Er hat mit der Veröffentlichung des Artikels in Nr. 26 vom 30. Dezember 1911: „Im Zeichen der Wahl!“ unfreudig den Vogel abgeschossen. Diesen Beitrag zum Kapitel „Christliche Neutralität“ wollen auch wir seinem Werte entsprechend würdigen und damit die schon seit 1894 erhobene und unwiderlegte Behauptung, die christlichen Gewerkschaften sind eigens nur als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie gegründet worden, mit neuen Belegen belegen.

Einleitend wird im „Zeichen der Wahl“ die Selbstverständlichkeit hervorgehoben, daß auch die christlichen Gewerkschaften sich für die Wahlen zum Reichstage und die einige Wochen später stattfindenden bayerischen Landtagswahlen interessieren müssen und sie ebenfalls das Recht und die Pflicht haben,

„für ihre politische Überzeugung die größtmögliche Propaganda zu machen und sich die Stellung der von den einzelnen Parteien vorgeschlagenen Kandidaten zu einer Reihe sozialpolitischer, wirtschaftlicher und kultureller Fragen genau zu versehen, damit nicht schließlich der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter Männer in der Wahl unterliegt, die gegen die Fundamentalgewerkschaften und deren Betätigung verstoßen, die gewerkschaftliche Arbeit, wenn auch ungewollt, unterbinden helfen“.

Das Resultat dieser Prüfung kann doch nur die Empfehlung eines sozialdemokratischen Kandidaten sein. Doch das christliche Blatt stellt diese Logik auf den Kopf, indem es behauptet, die Sozialdemokratie hat die unglücklichste und erfolgloseste Tätigkeit aufzuweisen, ihre Worte entsprechen auch nicht im geringsten ihren Taten, mit Steinen statt mit Brot hat sie ihre Versprechungen eingelöst.

Dann holt das Blättle nochmals aus, beteuert nochmals die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaftsbewegung und fährt also fort:

„Auch das Schlagwort der Sozialdemokratie „Zentrums-gewerkschaften“ hat sich nur als ein solches und als eine niederträchtige Verleumdung erwiesen. Tatsache ist, daß von den untersten bis in den höchsten Instanzen unserer Bewegung Anhänger der verschiedensten bürgerlichen Parteien sitzen — nur ein solches kann es sich bei unserem scharfen Gegensatz zur Sozialdemokratie handeln —, und daß auch keinerlei Beweise erbracht werden können, wo unsere Neutralität gegenüber den bürgerlichen Parteien irgendwo verletzt worden wäre.“

Das ist doch eine „feine“ Doppelmoral unserer christlichen Freunde. Für die sozialdemokratische Partei einzutreten ist politisch, für die bürgerlichen Parteien einzutreten ist neutral. Dazu die wahrheitswidrige Behauptung, daß von den untersten bis zu den höchsten Instanzen der christlichen Bewegung Anhänger der verschiedensten Parteien sitzen. Das müssen nette Demokraten, Freisinnige, und Volksparteiler sein, die in den christlichen Gewerkschaften instanzieren sitzen und sich damit zum Schleppenträger zentralistischer Politik machen. Doch nun ist der christliche Leitartikel im Zuge, er vergißt alles um sich her und in der Rage liefert er uns den eklatantesten Beweis der in christlichen Gewerkschaften üblichen Neutralität. Danach gilt der Kampf nicht etwa den Brotwunderern, den Lebensmittelsberteuern, den Scharfmachern und Räubern des Koalitionsrechts, sondern der Kampf der Christlichen richtet sich gegen die Todfeindin, die Sozialdemokratie. Lassen wir das Bekenntnis dieser edlen Seele im Wortlaut folgen:

„Leben wir so gegenüber den sämtlichen bürgerlichen Parteien strikte Neutralität, handeln wir streng dem Charakter unserer Organisation entsprechend, so kann unmöglich gegen die Sozialdemokratie ähnlich gehandelt werden. Unsere politische Neutralität sollte und kann sich niemals auch auf die Sozialdemokratie erstrecken. Es ist, wie das Verbandsorgan des christlichen Holzarbeiterverbandes bemerkt, die Neutralität der christlichen Gewerkschaften hier da auf, wo die Sozialdemokratie beginnt. Das ist etwas Selbstverständliches, denn gerade weil uns die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften als ein für die wirtschaftlichen und die idealen Güter des Arbeiterstandes gefährlicher Faktor erscheint und weil große Arbeitermassen von den antireligiösen und antinationalen Grundzügen der Sozialdemokratie, die sie auch in die Gewerkschaften hineingetragen, nichts wissen wollen, also im schärfsten Gegensatz zur Sozialdemokratie stehen, sind unsere christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen worden. Und dieser Standpunkt gilt heute mehr als je. Tag für Tag offenbart sich die Sozialdemokratie als der größte Feind des Christentums, ihre Unfähigkeit zu positiver Arbeit erweist sich so deutlich, wie nur möglich. Wir handeln daher nur konsequent, wenn wir ihr den Kampf gelassen lassen, denn sie ist die Todfeindin unserer Bewegung.“

Dann wirft das edle Organ christlicher Lederarbeiter die Frage auf:

„Hat vielleicht die Sozialdemokratie bis jetzt bewiesen, ihren Worten die Taten folgen zu lassen, hat sie bewiesen, daß sie es besser machen kann als alle anderen Parteien bzw. die Anhänger derselben?“

Indem es sich selbst die verneinende Antwort gibt, glaubt es einen Trunpf auszuspielen, wenn es auf die schon vor Jahren widerlegte Behauptung über die übermäßige Ausbeutung der Arbeiter in der „Vorwärts“-Druckerei usw. hinweist. Wöge uns die Frankfurterin eine Druckerei nennen, welche gleich günstige Arbeitsbedingungen wie die des „Vorwärts“-Betriebes aufweisen kann.

Oder meinte der Artfiker des christlichen Blattes bei seiner Niederschrift gar nicht die „Vorwärts“-Druckerei und andere sozialdemokratische Betriebe. Er hat sich wohl nur in dem ihm aus Münden-Glabbadach zugestellten Material vergiffen, er wollte gewiß anstatt vager Behauptungen die Zustände in einem christlichen Betriebe schildern. Wir wollen diesen Fehlschrift berichtigen und das Verkannte hier nachhaken.

Die Klosterbrauerei Ketten bei Degendorf untersteht dem Bischof von Senle Regensburg, der den bekannsten christlichen Glaubensjag prägte: „Ne necht muß Necht bleiben!“ Leiter des Betriebes ist Vater Gregor. In diesem Betriebe ist die Profitmacherei oberstes Prinzip. Bei einer Arbeitszeit von 10½ und 11 Stunden — Sonntags wird selbstverständlich auch gearbeitet — wird ein Lohn von 60 Mf. monatlich gezahlt. Diesen Lohn erhielt wohlgemerkt der erste Mälzer. Wie hoch mögen wohl die Löhne der letzten und schlechtest bezahlten Arbeiter sein?

Der Bierleider erhält nun nur 12 Mk pro Monat und Kost. Bei seiner künftigen Arbeitszeit täglich ist das ein Stundenlohn von 12 Pf. Er ist ein alter, gebredlicher und abgeraderter Mann, der eine Pension schon reichlich verdient hätte, die die reiche Brauerei leicht zahlen könnte. Der Mann bleibt aber auf diesem gefährlichen Posten, an dem er für sich und die anderen eine Gefahr bildet, sicher doch nur deshalb, weil er eine so billige Arbeitskraft ist. Und müssen oder gar fordern dürfen die Arbeiter in solchen christlichen Betrieben nicht, das haben die Arbeiter der Bischofsbrauerei Regensburg im Jahre 1905 erfahren müssen, als der Vorgänger des jetzigen Bischofs von Henle, der Bischof von Semetren noch das Jopler führte. Auch da wurde schon nach dem Grundlag gehandelt: „Necht muß Necht bleiben.“ Als die Arbeiter nämlich Forderungen stellten, flogen sie aus Pflaster, und der Brauereileiter steckte bei der Auslösung dieser christlich gemahregelten Arbeiter den Revolver ein, um nötigenfalls den schuldigen christlichen Nechtheit ihnen beizubringen. Diese Vorgänge sind damals ausführlich in der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ behandelt und auf Grund eines Gewerbegerichtsurlaus vom Genossen Sachse auch im Reichstag zur Sprache gebracht worden.

Auch in der Klosterbrauerei Metten hat man ein paar Tage vor dem letzten Weihnachtsfest einen Arbeiter mit großer Familie aufs Pflaster gesetzt, der einmal etwas mehr zu sagen sich unterfing, als in den Mauern eines christlichen Betriebes gebudet wird.

So äußert sich die christliche Liebe in den dem Bischof von Henle unterstellten Betrieben.

Wir glauben aber gerne, daß es dem wahrheitsliebenden christlichen Blatte gar nicht um eine afternähig feststehende Beweisführung zu tun ist. Die freien Gewerkschaften, um deren Mithilfe man bei Lohnkämpfen so schön zu bitten weiß, sind „im Zeichen der Wahl“ zur Lobfeindin geworden, sie gilt es zu bekämpfen. Wo einwandfreie Mittel vertragen, da greift man zur Verleumdung nach dem alten Rezept: Verleumde kühn drauf los, etwas bleibt doch daran hängen. Den Gipfel des Erreichbaren hat aber das Blatt mit folgenden Ausführungen erklimmt:

Gefellenfahrten.

Von Philipp Senner.*

Ein molliger Weihnachtsabend. Wir saßen zu acht fröhlich beisammen. Das einfache Abendbrot hatte uns gut gemundet und just als wir die Mahlzeit beendigten, waren auch die Lichter unseres Weihnachtsbaumes heruntergebrannt. Bis auf die beiden Frauen, die dem Kaiser den Vorzug gaben, waren wir durchweg Freunde eines kräftigeren Männertrunks. Die jungen Deutschen haben halt mancherlei von den alten gelernt.

Unser Freund Gottlieb Schulze, der sein Weibchen mitgebracht hatte, war besonders guter Laune. Er hatte kaum die Broschüren gegen den Mißbrauch geistiger Getränke auf meinem Schreibtisch liegen sehen, als er auch schon die graumanteligen Wäse rief. „Was ist Mißbrauch geistiger Getränke? Wenn jemand die heißen Knieber mit Cognat einreibt.“ Dabei blinzelte er unseren Freund August an, der zeitweilig das Zipperteil in den Knochen hatte.

Na, und was er sonst noch alles von den Abstinenzlern zu erzählen wußte! Doch dabon will ich lieber nicht weiter berichten.

Wir hatten am runden Tisch Platz genommen und tauschtsten Lebenserinnerungen, die mehr oder weniger mit dem Weihnachtsfeste in Zusammenhang standen, aus. Jeder hatte genug zu erzählen. Freund und Leid der verschiedensten Art hatten alle zu durchstöhen gehabt. Jetzt war Gottlieb Schulze, der während der Erzählungen immer stiller und nachdenklicher geworden war, an der Reihe. Er hatte sich ganz gegen seine Gewohnheit von einem Unterhaltungsbetrieb zu brüden versucht und ägerie auch jetzt noch. Und erst als seine Frau die Scherzfrage „Darf ich?“ lachend mit „Weinetwegen“ beantwortet hatte, fing Gottlieb seine Erzählung an.

Niemals zuvor habe ich ihn so wie an diesem Abend gesehen. Nur ganz allmählich kam er in Fluß, dann aber wurde er immer angeregter und durchlebte scheinbar all das wieder, was er uns er-

zählte. Was hob er übermütig das Glas, um mit uns anzustoßen, bald blickte er zärtlich, als sei er erst fünfzehn Tage und nicht schon fünfzehn Jahre verheiratet, seinem Weib in die lustigen Augen. Dann wieder schüttelte er sich vor Lachen. Ich will versuchen, seine Erzählung möglichst genau wiederzugeben, selbst auf die Gefahr hin, daß er mir einen groben Brief schickt, in dem er mich der Indiscretion zeibt.

Meine zehn Pferde hätten mich noch lange daheim gehalten, als die schlimme Lebrzeit vorüber war. Die Erzählungen der Geschehen von fremden Städten und Ländern hatten Gefühle der Sehnsucht bei mir ausgelöst, die nicht einmal das gute Mütterchen zu beschwichtigen vermochte. Und eines schönen Tages war es soweit. Das Herz schlug mir vor Freude, als ich mein Zeugnis in Händen, den letzten Wochenlohn in der Tasche hatte. Mütterchen ging bekümmert im Hause umher. Ich sollte die Tränen nicht sehen, aber sie brannten mir auf dem Gewissen. — Darfste ich sie allein lassen? Sonntag schlich ich zum Friedhof hinaus, um Abschied vom Vater zu nehmen. Ich ging ganz allein, und ich blieb lange draußen.

Montag früh. Meine zehnjährige Schwester heulte, als sie sie am Koffer. Mutter weinte nicht, sie konnte auch kein Wort hervorbringen. Sie drückte mir die Hand und blickte mir tief in die Augen. Ich verlag den Blick nicht, ich hatte ihn verstanden und ich habe mich redlich bemüht, seine Wohnungen zu besorgen.

An der Sa—ale hülfem Stra—an—de Stehen die Burgen stolz und kühn. Ja, ihre Ma—au—ern, sie sind zer—sa—al—len, Hüher Wi—ind frecht durch ihre Sa—al—len — Wollen zie—a—hi—en drüber hin.

Bei, wie Klang das lustig und doch wieder so unendlich traurig, so müde. Es war am Abend meines ersten Wafzuges. In der Herberge saßen die Kunden und ich mitten unter ihnen. Als Grün-

Die „Trenonia“, das Dortmunder Zentrumblatt, schrieb am 8. Februar 1903 von der Sozialdemokratie:

„Nur Vorhandensein belebt den Eitel für soziale Reformen und zugleich die volkreiche Tätigkeit der bürgerlichen Parteien.“

Es bleibt eine Schmach, nicht für die Sozialdemokratie, sondern für die bürgerlichen Parteien inklusive des Zentrums, wie die deutschen Sozialgesetze zustande gekommen sind und wie man jetzt der Sozialdemokratie den Vorwurf macht, daß sie dagegen gestimmt hat. Im Steiner der afternähig feststehenden Wahrheit stellen wir fest:

Der Krankenversicherungsentwurf war dem Reichstage, in welchem die Sozialdemokratie ganze 12 Sitze innehatte, mit dem zweiten Unfallversicherungsentwurf zugegangen (darüber siehe weiter unten), nur das Krankenversicherungsgesetz wurde am 31. Mai 1883 angenommen.

Der sozialdemokratischen Fraktion verweigerte man einen Sitz in der Kommission, die 50 Sitzungen abhielt! Sie konnte ihre Wünsche nur im Plenum vortragen! Nach ihrer Forderung sollten der sicherungspflichtig sein:

alle Angehörigen des Deutschen Reiches, sowie alle dauernd in Deutschland sich aufhaltenden Ausländer, welche das 15. Lebensjahr zurückgelegt und ein Einkommen bis zu 7,50 Mk. pro Tag haben.

Als Mindestleistungen wurden gefordert: vom ersten Krankheitsstage an für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit Krankengeld in der Höhe des arbeitsfähigen Tageslohnes, mindestens aber 2 Mk. bei den Berufskrankentassen; freie ärztliche Behandlung und Arznei; eine Wädnerinnenunterstützung von 6 Wochen; im Todesfalle eine die Begräbniskosten deckende Unterhütung; die bestehenden Fabrikkrankentassen sollen aufgelöst werden;

für die freien Hilfskrankentassen war der Weg von jedem Hindernis freizumachen versucht.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzes war man der sozialdemokratischen Forderung, alle Angehörigen des Deutschen Reiches zu versichern, so weit entgegengekommen, daß die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter beschlossen wurde. Die Konventionen und das Zentrum erklärten gemeinsam: Wir lassen das ganze Gesetz scheitern, wenn die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht wieder aus der Versicherung herauskommen! Alles was wir wollen oder nichts, war ihr Standpunkt.

ling, als „Einfriedel“. Und ich war der Reichsleiter unter ihnen. Der Reichsleiter, trotzdem sie nur von dem Dreimarstück im Portemonnaie wußten. Die beiden Rehmärktstücke hatte mir Mutter an verschiedenen Stellen in die Weste gesteckt.

Ein Liebes folgte dem andern. Zwischen durch wurden Kundengeschichten erzählt. Darin spielten die Puherei und Klemperers Karl (Schizname für die Gendarmen) immer die Hauptrolle. Und keiner war unter den Kunden, der nicht diesem oder jenem Gendarmen schon einen Streich gespielt haben wollte.

Wochenlang dasselbe. Tag für Tag. Schon regte es mich gar nicht mehr auf, wenn abends der Herbergsbater, mitunter auch die Herbergsbater, den Zwider auf die Nase setzte und in den Hemdtklagen der Handwerksburschen sorgfältig nach deutschen Reichsbienen forschte. Und so ging es durch die deutschen Lande, durch Hessen, Hannover, durch den Harz über Magdeburg nach Berlin, durch Brandenburg, Pommern, Mecklenburg, über Lübeck und Hamburg, durch Schleswig-Holstein über die dänische Grenze und wieder zurück durch die meerschlungelungen Lande —

Hunger brauchte ich nicht zu leiden. Aus der Verbandstasse gab es pro Tag eine Mark Reisegeld; außerdem fiel in allen Druckstädten zu damaliger Zeit noch „Biatikum“ (Reisegeld) ab, so daß auf ein tägliches Belegeld von fünfzehn Groschen sicher gerechnet werden konnte. Zum Flechten war ich also nicht gezwungen, und deshalb habe ich es auch nicht erlernt, es blieb bei einem Versuch.

Es war in den ersten Märztagen des Jahres 1884. Die Sonne meinte es schon recht gut. Mutter hatte nach Kiel postlagernd neue Kleidung geschickt. Ein sauberer Papiertragen machte mich geradezu salonsfähig.

Wenige Tage später lagen wir auf einem kleinen Hügel in der Nähe von Brunsbüttel, da wo jetzt der Nordostkanal Curhaven gegenüber in die Elbe mündet. Unsere Stimmung war famos. Mein Wunder übrigens. Mein Reisegefährt, ein lustiger Stakoff (Rebger) hatte die Taschen voll guter Wurst

* Nachdruckrecht kann von der Red. d. Bl. erworben werden.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden mit Gelächter abgelehnt. Unter den 99 Stimmen, die gegen das ganze Gesetz gezählt wurden, befanden sich 80 (!) linksliberale! Selbstverständlich auch die 12 Sozialdemokraten.

Nun zum Unfallversicherungsgesetz von 1884. Schon im Jahre 1878 verlangte die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages die Anwendung der scharfen Haftung, gemäß dem Haftpflichtgesetz für Eisenbahnunternehmungen, auf die Unternehmer aller, auch der landwirtschaftlichen Maschinenbetriebe. Ein Jahr später kam Vebel mit dem Vorschlag — der verwirklicht worden ist — Ausdehnung der Entschädigungspflicht auf alle Unternehmer und als Grundlage dafür eine Zwangsversicherung der Unternehmer in einer Reichsanstalt. Das war zu der Zeit, als die drei vereinigten liberalen Parteien noch das alte Haftpflichtgesetz für eine ihrer sozialpolitischen Grundsätze hielten.

1881 kam der erste Unfallversicherungsentwurf mit dem Vebelschen Gedanken einer Reichsversicherungsanstalt und Unfallkassenwesen. Das Zentrum und die Nationalliberalen erklärten sich aber strikt gegen jeden Zuschuß aus der Reichskasse. Die Regierung mußte den ganzen Entwurf, durch Zentrum und Nationalliberale gezwungen, zurückziehen! November 1881 kam die soziale Politik Wilhelm's I. Aus der Reichsdeputation des Reichstages wurde das Zudeckbrot der Sozialgesetzgebung. Trotz dem arbeitete die kleine sozialdemokratische Fraktion eifrig mit an dem neuen Entwurf von 1884, der 1885 angenommen wurde und zwar gegen die sozialdemokratischen und die fortschrittlichen Stimmen! Also auch hier hat der Liberalismus mit gegen die sozialpolitischen Gesetze gestimmt!

Das Zentrum kämpfte mit wütender Leidenschaft gegen jede staatliche Versicherung, die „Germania“ bezeichnete die Versicherungsgesetze als eine Anbahnung des sozialistischen Staates. Erst als der zweite Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes durch Bismarcks Konzessionen an die Arbeiterindividuen des Zentrums verschlimmert schien, stimmte dieses dafür, nicht weil den Arbeitern genug geboten worden, sondern weil es genügend wenig war!

Als der Invaliditätsversicherungsgesetzentwurf kam, stürzte sich die sozialdemokratische Fraktion sofort wieder in die eifrigste politische Arbeit. Sie erreichte die Vereinfachung der Quittungsbücher, die Annahme der Quittungskarten mit sicheren Bestimmungen gegen den heimlichen Mißbrauch zur Kennzeichnung unangenehmer Arbeiter.

Die weiteren sozialdemokratischen Forderungen lauteten:

Sicherstellung der freien Hilfskassen, Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Unternehmer mit weniger als 2000 Mk. Einkommen,

Erwerbsunfähigkeit des Arbeiters in schon dann vorhanden, wenn er nur noch die Hälfte seines früheren Verdienstes erarbeiten kann, die Altersgrenze ist von 70 auf 60 Jahre herabzusetzen, die Wartezeit ist auf 20 statt 30 Jahre festzusetzen,

Erhöhung des Reichszuschusses und Einbringen der Mehrkosten durch direkte Besteuerung der großen Einkommen,

Schaffung einer einheitlichen Reichsversicherungsanstalt.

Die bürgerlichen Parteien bekämpften diese Anträge mit der größten Wut, zum Teil sogar das ganze Gesetz. Das hat gerade beim Zentrum so lange nachgewirkt, daß die „Kölnische Volkszeitung“ noch am 12. September 1896 (!) erklärte:

„Das Zentrum ist für Invaliditäts- und Altersgesetz nicht beunruhigt. Dies festzustellen ist im gegenwärtigen Augenblick vielleicht von Interesse.“

Gegen das Gesetz stimmten Sozialdemokraten, die Deutschfreisinnigen, das Zentrum (mit 13 Ausnahmen), die Polen, die Welfen, die Elässer und 11 Nationalliberale! Trotzdem steht heute überall in Zentrumsflugblättern und das christliche Gewerkschaftsorgan plappert die dumme Behauptung nach, die Sozialdemokratie sei deshalb bölig neugierig und unfruchtbar, weil sie unter anderem auch gegen das Invalidenversicherungsgesetz gestimmt habe.

Lügen, nichts als Lügen sind es! Fest steht, daß die Sozialdemokratie schon Jahrzehnte vor der sozialpolitischen Einkehr der bürgerlichen Parteien die Grundprinzipien unserer heutigen Arbeiterschutzgesetzgebung eifrig vertreten hat.

Und nun fragen wir:

Wer verweigerte die Unterschriften für den ersten sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurf 1867?

Wer stimmte gegen den sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurf von 1877?

Das Zentrum!
Wer stimmte 1900 gegen den Arbeiter-Ladenschluß?

Wer 1900 gegen den Zehnstundentag?

Wer gegen ein Reichsarbeitsamt?

Wer gegen Verbesserung der Gewerbe-gerichte?

Wer gegen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen, Wöchnerinnen und Schwangere?

Antisemiten, Nationalliberale, Konserervative und Zentrum!

Wer gegen ein freies Vereins- und Koalitionsrecht?

Wer gegen ein Reichsberggesetz?

Das Zentrum!

Wer stimmte 1908 gegen die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf alle Betriebe mit mehr als fünf Personen?

Wer gegen die Ausdehnung dieses Schutzes auf die Seimarbeit?

Alle bürgerlichen Parteien!

Wer stimmte gegen den Neunstundentag für weibliche Arbeiter?

Wer stimmte dagegen, daß in Gastwirtschaften mit mehr als zehn Angestellten die Kinderarbeit verboten werde.

Wer gegen den Zehnstundentag für Kinder unter 14 Jahren?

Wer gegen den Zehnstundentag für Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren?

Wer gegen eine Ruhepause für diese Jugendlichen von elf Stunden?

Das Zentrum!

Wer schwindelte 1902 den Arbeitern vor, daß bis 1910 = 450 bis 500 Millionen Mark für eine Witwen- und Waisenversicherung ohne Beiträge der Arbeiter gespart sein würden?

Wer sorgte durch das System der Einfuhrschemine dafür, daß jahrelang gar nichts und bis 1912 nur 50 Millionen Mark zurückgelegt wurden?

Wer beauftragte für diese Versicherung die Arbeiter mit neuen Beiträgen?

Das Zentrum!

Wer stimmte bei Beratung der Reichsversicherungsordnung dagegen, daß das Krankengeld vom ersten Tage und für jeden Tag der Krankheit gezahlt werden sollte?

Wer erdrosselte die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen?

Wer verhinderte, daß die Landarbeiter Wahlrecht zur Krankenkasse erhielten?

Wer stimmte dafür, daß bei den Landkrankenkassen im Winter das Krankengeld auf ein Viertel des Ortslohnes, also bis zu 25 Pf. herunter, festgesetzt werden kann?

Wer raubte den ländlichen Wöchnerinnen vier Wochen Wöchnerinnenunterstützung?

Petroleum-Hängelampen anzuzünden. Aber noch bevor ich mich auch nur einigermaßen umsehen und zu mir selber kommen konnte, war die mir zunächst stehende Laternenanzünderin vom Tisch herunter gerade vor mich gesprungen. Unter großer Feitheit der ganzen Gesellschaft machte sie eine äußerst ulkige Verbeugung und sagte zu mir:

„Erschrecken Sie nicht, Herr Direktor, was steht zu Diensten!“

— Gottlieb's Frau war inzwischen aufgestanden, ging im Zimmer auf und ab und rieb sich vergnügt die Hände. —

Natürlich war all das, was ich hier berichte, das Werk eines Augenblicks. Ich weiß nicht, wie es kam, aber wenn ich im ersten Augenblick, wo ich die jungen Mädchen sah, vor Scham hätte in die Erde versinken mögen — ich kam doch als Festsbruder! — jetzt, nachdem die Schwarze mit den schönen Zähnen den famosen Knig vor mir gemacht hatte, fachte mich die Lustigkeit der Geliebten vom heißen Essen an und ganz frei kam es heraus:

„Entschuldigen Sie, mein liebes Fräulein, ich bin ein armer Handwerksbursche — — —“

Nun ging ein Höllenspektakel los. Als wenn das so sein müßte —

„War auch kein einstudiert,“ warf hier Schulges Frau dazwischen. —

— als wenn das so sein müßte, stellten sich die jungen Mädchen unter trüblichem Gelächter und Scherzen im Kreis um die schwarze Herr auf. Diese hatte einen Schürzen genommen, Kopfte damit an den Gendel eines Bügelleisens und zählte eins — zwei — drei!

Und nun sang die schöne Rote Cora:

Ein Sträußchen am Güte,
Den Stab in der Hand,
Nicht raslos ein Wandrer
Von Lande zu Land.
Er sieht so manch Städtchen,
Er sieht so manch Ort —
Wer fort muß er wieder,
Muß weiter fort — (Fortsetzung folgt.)

und ich, stolz wie ein Spanier in der neuen Kost, hatte noch diese Mark von der Rieker Zahlung her. Dazu heller Sonnenschein. Waren das nicht Gründe genug, zwei gesunde junge Burken, denen die Lebenslust aus den Augen bligte, übermütig zu machen?

Sei, wie schmetterten wir unsere schönsten Nieder in die würzige Frühlingluft! Dann wurde ein Pfeifen anebracht. Und nun setzte mir mein Reiselokale haarscharf auseinander, daß wir ein wahres Götterleben führen könnten, wenn ich die verdammte Pinzette überwinden und das Rechte erkennen könne. Er hole mit Leichtigkeit die Wurde bei seinen Meistern, ich sollte das Wort beschaffen und mittans auch mein Essen festschreiben, damit wir das ganze Bargeld zum Verjubeln hätten. Die Abstinenzler würden mir verzeihen: damals hatte der Vorschlag etwas sehr Verlockendes für mich.

Raffiniert war der Raßoff zu Werke gegangen. Er hatte durchblicken lassen, daß er mich für einen Kraftmeier halten sollte, wenn ich nicht fechten ainge. Und das ertrug ich nicht. „Noch heute wird gefochten!“

Je näher wir dem sauberen Städtchen Silbeck kamen, um so bestärker pochte mir aber das Herz an die Rippen und ich bemerkte wohl, wie mich der Raßoff immer von der Seite beobachtete. Ich biß die Zähne aufeinander und rebete mir im stillen Mut zu: jawohl, du gehst fechten, du mußt fechten; das ist gar keine Hererei: du gehst unter allen Umständen fechten. —

Und nun stand ich vor der Tür eines kleinen Schreibwarenladens. Ich ätzeris an allen Gliedern. Ach du lieber Gott — und nun ging ich wirklich die Türklinge in der Hand — und nun ging die Tür auf — und es klingelte — und mir kam es vor, als ob mein ganzes Knochengestüt mit geklingelt hätte. Ach wäre ich wieder drauhen, dieses schreckliche Schamgefühl! —

Vergewisselt drehte ich den Flabut in den Händen. Ich blieb an der Türe stehen und brachte kein Wort über die Rippen. Und dann reichte mir ein

kleines, vertrocknetes Männchen, ebenfalls ohne ein Wort zu sagen, ein Gelächter zu.

„Ich danke!“ Wie es über meine Lippen kam, ich weiß es nicht. Dann war ich wieder drauhen und es war mir, als sei ich betrunken. Ich steckte das Fünfspennigstück in die Westentasche, um es aufzubewahren zum ewigen Andenken.

„Na, man laul!“ rief mir da mein Reiselokale zu, der auf der anderen Seite aus einem Hause herauskam, um sofort in dem anderen zu verschwinden. Er Kopfte nach allen Regeln der Kunst seine Straßenseite ab.

So schlimm war ja mein erster Fehthgang schließlich nicht gemein. Und der Ertrag war eigentlich auch nicht schlecht. Aber in das nächste Haus getraute ich mich doch nicht, ich ging also etwa hundert Schritte weiter und jedesmal, wenn ich hörte, wie da die Klingel ging, wo mein Raßoff sich als armer Handwerksbursche vorstellte, war es mir, als erblickte ich einen Nippenstoß mit der Mahnung: machs ihm nach, was ist denn dabei!

Ich rang und rang mit mir. Noch einmal wollte ich es versuchen. Einmal ist keinmal, aber zweimal ist für den Anfang genug, so philosophierte ich.

Vor einem größeren Gehäus schloß ich Salt. Der flackernde Lichtschein, der durch die Scheiben oberhalb der Haustüre zu beobachten war, zeigte deutlich, daß der Korridor gerade beleuchtet werden sollte. Ich trat näher und drückte auf die Türklinge, die Glode spektakelte und — drin war ich. Ach, hätte ich tausend Klaster tief unter die Erde sinken können! Ich fühle heute noch, wie mir damals die Schamröte ins Gesicht und das Blut bis in die Haarwurzeln flog —

„Ach, so schlimm wars ja gar nicht,“ fiel hier Gottlieb's Frau dem Gräßler ins Wort.

Doch, fuhr Gottlieb, der seiner Frau den Mund zuhielt, fort, ganz so schlimm wars. Ich spüre es heute noch. Denkt Euch: vor mir ungefähr ein Duzend junger, blühender und hübscher Mädchen mit geröteten Wangen und strahlenden Augen: Wäglerrinnen!

Zwei standen auf Tischen, um die großen

Wer stimmt gegen die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente von 70 auf 65 Jahre?

Antifemiten, Nationalliberal, Konservativ und Zentrum!

Und schließlich, wer mag es, angesichts der antisozialpolitischen Lässigkeit der bisherigen Reichstagsmehrheit, die Kandidaten der bürgerlichen Parteien inklusive der konservativen und des Zentrums zur Wahl zu empfehlen?

Die christlichen Gewerksattler!

Viele Tatsache wird den Arbeitern ständig in flammenden Lettern vor Augen stehen, sie wird ihnen eine Leuchte sein, damit sie recht bald den Weg zur freien Gewerkschaft finden.

Wir sind dem Organ der christlichen Leder-Arbeiter zu heißem Dank verpflichtet, daß es uns durch seinen Leitartikel in Nr. 26, 1911, Gelegenheit gegeben hat, die von christlichen Gewerkschaftszeitungen beliebte parteipolitische Neutralität allen Berufsgenossen vor Augen zu führen. „Zur Zeichen der Wahl“ kommt er uns nicht nur für die bevorstehenden Reichstags- und bayerischen Landtagswahlen zu fassen, er wird uns auch bei der jetzt aufs neue einsetzenden Agitation für den Verband der Sattler und Portefeuller schätzenswerte Dienste leisten.

Zur Frage einer Wagensattler- und Automobilattler-Konferenz.

Der in letzter Zeit so vielfach propagierte Gedanke einer Autosattlerkonferenz ist nicht neu, er ging bereits vor 6 Jahren, wenn ich nicht irre, von der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. aus. Erst im letzten Jahre verdichtete sich derselbe zu Anträgen, die von den Verwaltungsstellen Stettin, Frankfurt a. M., Seilbroun und Stuttgart ausgingen. Während man in Kollegentreifen, sowie auch die leitenden Personen, einer Konferenz bis in die letzte Zeit hinein ablehnend gegenüberstand, haben sich die Ansichten über Wert oder Umwert einer solchen Konferenz gegenüber sympathisch gestaltet. Auch die Tatsache, daß der Zentralvorstand der Generalversammlung gedankt vorgeschlagen, die Gau- durch Provinzenkonferenzen zu erledigen, spricht entschieden dafür. Daß nun in einer solchen Frage die beteiligten Kollegentreife die Stellungnahme der Tariffkommission zu derselben kennen lernen wollen, ist selbstverständlich. Aber auch der Zentralvorstand verlangt den Nachweis, daß Fragen auf die Tagesordnung kommen, die die damit verbundenen Kosten auch rechtfertigen.

Die Frankfurter und Stuttgarter Kollegen beantragten, auf die Tagesordnung zu setzen: „Gegenseitiger Austausch über Herstellungs-methoden der einzelnen Wagentypen und deren Affordpreise im Vergleich zu anderen Produktionsarten; die Einwirkung der technischen Hilfsmittel, Vollerheftmaschinen usw. auf den Produktionsprozeß und die Schädlichkeit des Kolonnen- und Prämiensystems“.

Lassen wir nun die einzelnen Fragen Revue passieren und prüfen wir nun, welche davon durch Verhandlung auf besagter Konferenz ihrer Verwirklichung entgegengeführt werden könnten. Als völlig undiskutabel erweist sich da die Frage über die Herstellungs-methoden und deren Bezahlung im Afford im Verhältnis zu anderen Orten. Die rapide Entwicklung der Automobilindustrie mit ihrem schnellen Wechsel der Wagentypen wirkt selbst die ausgefeiltesten Affordberechnungen über den Haufen. Eine Wagenform, die heute für schön und praktisch gilt, macht morgen einer anderen Platz. Die verschiedenen Ausführungs-möglichkeiten an ein und demselben Stück verwischen das Bild über gut oder schlecht bezahlte Arbeit. Aber auch über die Affordarbeit im allgemeinen läßt sich schwer diskutieren, jedenfalls nicht als besonderer Verhandlungspunkt einer Konferenz. Als Maßstab für gut oder schlecht bezahlte Affordarbeit gilt einzig und allein der Stundenverdienst einer mittleren Arbeitskraft, der um so höher sein muß, je teurer die Existenzbedingungen am Orte sind. Daß der Affordpreis, ebenso auch der Stundenlohn in Frankfurt a. M. oder auch in

Berlin höher sein muß als in Delmenhorst oder Vauken ist selbstverständlich.

Neben den anderen angeführten Punkten würde die Tariffkommission vorschlagen auf die Tagesordnung zu setzen, wie weit es möglich sei, die Erwerbsverhältnisse unserer Branche ebenso wie in der Lederwarenbranche in ein festes tarifliches Verhältnis zu bringen. Als dringend notwendig erweist sich da die tarifliche Fixierung und Verkürzung der Arbeitszeit und die damit verbundene Regelung event. Abschaffung des namentlich in einigen größeren Berliner Betrieben eingewurzelten Ueberstundenumweilens, das seine verderbliche Wirkung auf die Lage des Arbeitsmarktes ausübt. Auch dem Versuch der Fabrikanten, die Kollegen beim Affordpreisfestsetzen zu schädigen, indem sie auf diesen oder jenen Ort hinweisen, wo sie angeblich ihre Arbeit billiger hergestell bekommen, ließe sich durch tariflich vereinbarte Affordzuschläge zum Stundenlohn am besten vorbeugen.

Ta aber nun die tarifliche Festlegung resp. Verkürzung der Arbeitszeit, zum Teil auch die Abschaffung des Kolonnen- und Prämiensystems, sich nur im Einverständnis und mit Beteiligung der Holz- und Metallarbeiter durchführen läßt, hat die Tariffkommission im Einverständnis mit dem Zentralvorstand einen zweckentprechenden Fragebogen an die Gauleitungen resp. Ortsverwaltungen gerandt. Sofort nach Eingang der Fragebogen, die von den Gauleitungen resp. Ortsverwaltungen jedem einzelnen Wagen-, Automobil- oder auch Waggonbetrieb zur gewissenhaften Ausfüllung übergeben werden müssen, wird die Tariffkommission dem Zentralvorstande Gelegenheit geben, zu befinden, wie weit sich die angeführten Forderungen, die jedenfalls nicht ohne Lohnbewegungen abgehen werden, realisieren lassen. Davon wird jedenfalls das Stattfinden einer Konferenz abhängen.

Erwähnt muß noch werden, daß der Wunsch der Frankfurter und Stuttgarter Kollegen bezüglich einer Konferenz für Süddeutschland ein ganz verfehlt ist. Die Begründung, daß dortige Firmen ihre Karosserien an verschiedenen Orten Deutschlands, wo sie sie gerade am billigsten hergestellt bekommen, ausführen lassen, ist nicht stichhaltig. Ja, liebe Kollegen, gerade weil in Berlin für Benz, Opel und Adler gearbeitet wird und die Neue Automobil-Gesellschaft in Berlin augenblicklich Aufträge nach allen süddeutschen wie norddeutschen Orten vergeben hat, ist der wirtschaftliche Zusammenhang in der Autoindustrie über das ganze Reich gegeben, und so verpricht sich auch die Tariffkommission nur von einer Reichskonferenz etwas. Die Folge wäre, daß Berlin und das übrige Nord- und Süd-Deutschland — Berlin hat allein weit über 200 Autosattler — gleichfalls Anspruch auf eine Konferenz erheben würden. Die Kosten würden dann nicht, wie angenommen, geringer, sondern erheblich größer und der Wert einer Konferenz würde in Frage gestellt.

Indem die Tariffkommission zu dieser Frage Stellung genommen hat, bittet sie die übrigen in Betracht kommenden Verwaltungsstellen gleichfalls, Stellung zu nehmen und das Fragebogenmaterial möglichst bald an den Unterzeichneten oder auch an die zuständigen Gauleiter einzuschicken.

Mit kollegialem Gruß

Die Tariffkommission der Wagensattler Deutschlands.

J. A.: J. Zielski.

Berlin N. 28, Svinemünder Str. 80.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

Wenn von katholischer Seite der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht wird, sie mißbrauche die Gewerkschaften für ihre Parteizwecke, so verstehen wir diesen Vorwurf nicht recht. Es ist ganz naturgemäß, daß der Einfluß der Gewerkschaften derjenigen Partei zugute kommt, die sich am meisten um sie gekümmert hat, und das ist zweifellos die Sozialdemokratie. Insbesondere hat die sonst so tüchtige Zentrumspartei es auf diesem Gebiete sehr fehlen lassen.

„Kölnische Volkszeitung“ (Zentrum.)

Zur Generalversammlung in München.

III.

Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 1 dieser Zeitung vom Kollegen Friedrich Müller, Neulmaen, möchte ich folgendes erwidern: Ich kann es mit Freuden begrüßen, daß die leitenden Personen der kleineren Verwaltungsstellen unseres Verbandes zu der uns auf der nächsten Generalversammlung in München vorgeschlagenen Beitragserhöhung Stellung genommen haben. Man kann es den Kollegen nachfühlen, mit welcher schwierigen Verhältnissen sie bei der Agitation und bei Gewinnung neuer Mitglieder in der Geschirerbranche, wo doch noch sehr häufig das Kost- und Logiswesen anzutreffen ist, zu rechnen haben. Auf die Löhne, die in dieser Branche gezahlt werden, glaube ich heute nicht besonders eingehen zu müssen. Aber auch die Kollegen im Offenbacher Industriegebiet, deren Zustimmung zu kennen ich schon für mich in Anspruch nehmen kann, sind nicht besonders von der Beitragserhöhung erbaut. Wenn ich mir nun den Artikel „Vorlauf auf München 1912“ in Nr. 48 unserer Zeitung vom vorigen Jahre betrachte, so konnte es mich nicht überraschen, denn schon auf der letzten Generalversammlung in Köln 1909 wurde schon mit ziemlicher Offenheit erklärt, daß man sich in München mit einer Beitragserhöhung vertraut machen müsse. Aber wie haben sich denn die Verhältnisse im Laufe dieser Zeit entwickelt? Auf der einen Seite wurden uns durch die faulste Finanzreform, angenommen durch die Zustimmung der reaktionären Parteien im Reichstage, die Lebensmittel in einer Weise verteuert, daß es unseren Kollegen unmöglich ist, bei dem jetzigen Verdienste durchzukommen. Andererseits hat uns die letzte Tarifbewegung finanziell nicht das gebracht, was einigermaßen einen Ausgleich hätte herbeiführen können. Wir haben uns auf fünf Jahre die Hände gebunden, und wenn weiter in dem Artikel darauf hingewiesen wird, daß es 1916 voraussichtlich zu einer größeren Bewegung kommen dürfte, so glaube ich nicht mehr ernstlich daran, denn ich bin seit der letzten Tarifbewegung etwas pessimistisch geworden. Wenn man an eine Erhöhung der Beiträge denken will, dann soll man auch den Mitgliedern etwas bieten in bezug auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Es heißt da in dem genannten Artikel weiter, daß die zentralen Körperschaften unter allgemeiner Zustimmung der Gauleiter beschlossen haben, uns die Beitragserhöhung zu empfehlen, ohne daß auch nur im geringsten die Unterstützungen erhöht werden sollten. Ich kann die Stellungnahme der einzelnen Gauleiter, welche doch in ihren Bezirken mit den von mir schon erwähnten Schwierigkeiten in bezug auf Agitation zu rechnen haben, nicht verstehen. Man soll an die Kollegenschaft nicht allzu hohe Anforderungen stellen, denn ich befürchte, daß durch eine eventuelle Beitragserhöhung wir mit einem eminenten Mitgliederverlust zu rechnen haben. Dies zu beurteilen ist Sache der einzelnen Ortsverwaltungen. Kollegen, diskutiert in den Versammlungen eilig diese Frage, besucht besser wie früher die Versammlungen, damit die Sache geklärt wird und die Delegierten auf der Generalversammlung in München das Spiegelbild der Kollegenschaft Deutschlands wiedergeben können.

Georg Jung, Offenbach a. M.

Dynamit und Gewerkschaften in Amerika.

I.

Von den Scharfmachern Deutschlands wird der Fall der Brüder McNamara zum Zwecke der Vermeidung des Koalitionsrechtes deutscher Arbeiter weiblich ausgenützt. Es ist daher angebracht, den von Genossen Max Schippel in den „Sozialistischen Monatsheften“, 1912, Heft 1, geschriebenen und uns zum Abdruck überfandten Artikel unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Genosse Schippel schreibt: Am 5. Dezember hat der Dynamitprozeß in Los Angeles, der noch Ende November genau so unabsehbar langwierig schien wie bei seiner Eröffnung am 11. Oktober, mit einemmal mit dem Schuldspruch gegen die Brüder McNamara geendet. Der ältere der beiden Angeklagten, John A. McNamara, der Secretary-Treasurer des Verbandes der Bräudenbauer und Eisenkonstruktionsarbeiter, wurde wegen der verheerenden Explosion in den Wellen-Eisenwerken vor 15 Jahren Buchhaus beurteilt, der Schriftföher James W. McNamara zu lebenslänglichem Kerker wegen der vollständigen Vernichtung des Geschäftshauses Los Angeles Times: eine Explosion, bei der zugleich 21 Arbeiter ihr Leben einbüßten. Seit dem 1. Dezember war kein anderer Abschluß mehr zu erwarten, weil damals die beiden Angeklagten plötzlich alle Welt, vor allem die Ar-

lesten Jahren, das ist sicherlich ein Ergebnis, mit dem die Gewerkschaften zufrieden sein können. Wenn es auch nicht ganz gelungen ist, die Zahl von 2 1/2 Millionen Mitgliedern zu erreichen, so dürfte doch diese Höhe schon in den nächsten Monaten überschritten sein und dann geht es unaufhaltsam weiter auf die dritte Mitgliederzahl zu, die sicherlich das Jahr 1913 bringen wird. Dieses Ziel zu erreichen wird eine Ehrenfrage für alle Gewerkschaften sein!

Einen großen Anteil an diesem Erfolg schreibt das „Correspondenzblatt“ den großen Industrieverbänden zu, von denen der Bauarbeiterverband um 63.650, der Metallarbeiterverband um 63.520, der Transportarbeiterverband um 45.283, der Fabrikarbeiterverband um 22.069, der Holzarbeiterverband um 18.117 und der Textilarbeiterverband um 11.650 Mitglieder zunahm. Diese sechs Verbände vereinigten im 3. Quartal 1910: 61,2 Proz. der Gesamtzahl der Mitglieder der Gewerkschaften und hatten bis zum 3. Quartal 1911: 74,4 Proz. des gesamten Mitgliederzuwachs. Aber nicht unerwähnt darf bleiben, daß auch eine Reihe anderer Verbände, so die Muntenarbeiter, Gemeindefabrikanten, Fleischer, Handlungsgehilfen, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter und Stuckateure um mehr als 20 Proz. an Mitgliedern zugenommen und dadurch ganz wesentlich zu dem Erfolge des verflochten Jahres beigetragen haben. Insbesondere aber müssen die starken Mitgliederzunahmen der erst jüngst verschmolzenen Verbände der Bauarbeiter und der Transportarbeiter als ein erfreuliches und aussichtsreiches Symptom bezeichnet werden, das sicherlich in allen Gewerkschaftskreisen starke Beachtung verdient. Diese Entwicklung gibt uns die Bestätigung, daß die Verschmelzung der Gewerkschaften zu großen Industrieverbänden, deren weitere ja noch in der Tabakindustrie und der keramischen Industrie bevorzugen, ein Fortschritt sind auf dem Wege zur Organisation der Massen der Arbeiterschaft.

Kongreßbericht der amerikanischen Gewerkschaften.

Im November 1911 fand in Atlanta City die 31. Jahresversammlung der amerikanischen Gewerkschaften, soweit sie der American Federation of Labor angegeschlossen sind, statt. Anwesend waren 346 Delegierte, welche 89 internationale und nationale Verbände, 67 Zentralkörperschaften, 25 Staatsverbände, 20 Gemeindearbeiter- und federierte Arbeiterverbände mit 1756.735 Mitgliedern vertraten. Mit dieser Mitgliederzahl ist der im Jahre 1904 erreichte Höchststand um 80.000 überschritten. Im Berichtsjahr ist ein Zuwachs von 117.000 Mitgliedern zu verzeichnen, die sich auf 83 Verbände verteilen. Außerhalb der A. F. of L. stehen noch die etwas fundamentalistisch sich gehabende Organisation der Industriearbeiter der Welt, die sechs mehr oder weniger konservativen Gewerkschaften der Eisenbahner und einige andere Berufsorganisationen, die zusammen circa eine halbe Million Mitglieder zählen mögen. Nach einer schätzungsweise Webericht des Arbeitsamtes des Staates New York fest sich der Mitgliederstand der Gewerkschaften der Vereinigten Staaten und Kanada wesentlich anders zusammen. Danach wurden im Jahre 1910 gezählt:

	Mitglieder
Amerikanische Arbeiterföderation	1.502.112
Vier unabhängige Eisenbahnerverbände	289.186
Acht andere unabhängige Gewerkschaften	154.807
Westliche Bergarbeiterföderation	49.923
Zusammen	2.096.158

Werden diesem Ergebnis noch die Mitglieder der Gewerkschaften „Mitter der Arbeit“, „Industrielle Arbeiter der Welt“ u. a. hinzugezählt, so kann nur ein Mitgliederstand von 2.625.000 festgestellt werden. Im Vergleich zu Deutschland, wo auf 18,7 Einwohner schon ein Gewerkschaftler kommt, ist dies in den Vereinigten Staaten erst bei 37,1 Einwohnern der Fall.

Der Geschäftsbericht wurde vom Präsidenten Compers verlesen. Diesen Bericht kann man gleichzeitig als das Programm der amerikanischen Gewerkschaften ansehen. Wird doch darin Stellung zu einer Reihe tief einschneidender Gewerkschaftsfragen genommen, u. a. das Verhältnis zum internationalen Proletariat, zum Achtstundentag, Arbeiterversicherung usw. Im allgemeinen hält Compers die konservativen Grundanschauungen der American Federation of Labor für richtig und gibt er sich der irdigen Auffassung hin, sie sind so werbefähig, daß sie von den europäischen freien Gewerkschaften akzeptiert werden. Sagte er doch:

Die Geschichte der Bewegung der Arbeiterklasse in Europa ist die letzte Jahre eine Geschichte des Zurückkommens von Wollensdudensheim-Utopien und der Annäherung an die Politik unserer Föderation. (Und kurz vorher heißt es gegen die Sozia-

listen): Unsere große Föderation hat sich gleichmäßig geweigert, ihre Heberzeugung aufzugeben und zur Unterdrückung eines der zahlreichen, die Gesellschaft rettenden oder zerstörenden Schemas zu eilen, die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in diesem Lande aufgetaucht sind. . . . Aber während unsere Föderation in dieser Hinsicht konservativ geblieben ist, hat sie stets ihren Blick allen den politischen und ökonomischen Reformen zugewendet, die direkt oder indirekt für die Arbeiterklasse von Vorteil sein konnten. Sie hat ihr Geburtsrecht niemals für ein Linkengericht dahingegen. Sie hat ihre anerkannte Politik mit der Heberzeugung verfolgt, daß, wenn die kleineren und unmittelbaren Forderungen der Arbeiter heute von der Gesellschaft, wie sie ist, nicht erlangt werden können, so würde es bloße Träumerei sein, Rechtler (Will-Die-Wisp) zu preisen, einer neuen Gesellschaft aus Regenbogenmaterial - einem Gesellschaftssystem nachzugehen, über das die Träumer selbst nie einig gewesen sind.

Doch auf die Dauer wird sich der antizözialistische Standpunkt der amerikanischen Gewerkschaftsleitung nicht halten lassen. Schon auf diesem Kongreß hatten die Vertreter der Kohlengräber, der weitaus stärksten der amerikanischen Gewerkschaften, von ihrer letzten Delegiertenversammlung den Auftrag erhalten, zu beantragen, die American Federation of Labor habe sich nicht mehr an der Civic Federation zu beteiligen. Die Kohlengräber hatten ihrem früheren Präsidenten, John Mitchell, die Alternative gestellt, entweder aus der Civic Federation auszuscheiden oder auf die Mitgliedschaft im Vergarbeiterverband zu verzichten. Mitchell tat wolens wolens das erstere und ging dadurch seines mit 25.000 M. Jahresgehalt bezahlten Postens in dieser Körperschaft verlustig.

Nach einer eintägigen und recht stürmischen Debatte, an der sich die sozialistischen Delegierten zugunsten der Resolution der Vergarbeiter beteiligten, wurde das Verlangen des Vergarbeiterkongresses mit 11849 gegen 4559 Stimmen (auf je 100 Mitglieder entfällt eine Stimme) abgelehnt. Allen Anzeichen nach ist es sehr leicht möglich, daß die 4559 Stimmen, die sich für die Resolution erhoben, in der allernächsten Zeit zur Majorität anwachsen, womit die Präsidentschaft Compers ihr Ende erreichen würde.

Mit Ausnahme dieses Verhandlungsgegenstandes behandelte der 12tägige Kongreß reine Organisationsfragen. Mr. J. Crinion, Sekretär des englischen Textilarbeiterverbandes, beleuchtete die Geschichte der Bewegung der englischen Trade-Unions und deutete auf die vielen Hindernisse hin, welche sich derselben in den Weg stellen, und daß sie trotz der starken Opposition gute Fortschritte in der Organisierung der Arbeiter gemacht haben. Mrs. Keumund Robbins, welche die Womens Trade Union Liga vertrat, ließ einen guten Aufruf zugunsten der arbeitenden Frauen vom Stapel.

Streiks und Lohnbewegungen.

Alm. Der seit dem Jahre 1909 in Alm bei der Firma Sart und in Neu-Alm bei der Firma Römer gültige Tarifvertrag für Militärsattler gehört seit dem 31. Dezember 1911 der Vergangenheit an und unsere dortigen Kollegen waren nun dazu gezwungen, hilf- und rechtlos ihre Arbeitskraft dem Unternehmern zur Verfügung stellen zu müssen, wenn sie nicht während und durch die Tarifzeit den Weg zu einem sicheren Fort, zur Organisation und Solidarität gefunden hätten. Was sich bei den Verhandlungen über Abschluß eines neuen Tarifvertrages in erfreulich deutlicher Weise herab hat, so daß der abgelaufene Vertrag mit all seinen unangenehmen Begleiterscheinungen doch nicht in unselbstigem Angehen bleiben wird.

Wie bekannt, wurde der Almer Tarif im Einverständnis der dortigen Kollegen durch unsere Organisation am 1. Oktober 1911 gekündigt und ebenso wie in Strahburg, Karlsruhe und Kaiserslautern, wo kein Tarif besteht, ein Entwurf eingereicht, als Grundlage zu Verhandlungen bei einer Konferenz, an welcher Vertreter der in Betracht kommenden Firmen und ihrer Arbeiter teilnehmen sollten, um möglichst einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Militärsattler Süddeutschlands herbeizuführen.

Diese gewiß in jeder Hinsicht gerechte und zeitgemäße Bestrebung fand aber aus uns bekannten Gründen bei den Unternehmern nur wenig oder gar keine Unterstützung, so daß wir genötigt waren, uns dem Vorgehen anderer Orte ohne Tarif anzuschließen und wie diese, den neuen Berliner Tarifentwurf einzureichen.

Am 21. Oktober beschloß eine sehr gut besuchte Militärsattlerversammlung in Alm die Verhandlungen über einen neuen Vertragsabschluss dem Galleiter zu übertragen und durch die Werkstattkommissionen nur dann mit dem einzelnen Unternehmer zu verhandeln, wenn ein Mitglied der Orts-

verwaltung oder Galleitung unseres Verbandes gezogen wird. Dieser Beschluß blieb den Herren Fabrikanten nicht unbekannt, aber erst am 23., 24. und 26. Dezember kam es zu Verhandlungen und zwar bei der Firma Sart einmal durch den Galleiter allein, das zweitemal unter Vorsitz des Werkstattausschusses und Werkführers; bei der Firma Römer einmal unter Teilnahme des Werkführers, das zweitemal war Herr Römer wegen einer Maginfraßsüchtigkeit verhindert.

Auf Einzelheiten hier einzugehen, erübrigt sich, im allgemeinen sei gesagt, daß die Almer Fabrikanten erklärten, unmöglich die für Berlin geforderten Preise bezahlen zu können, für die dortigen Fabrikanten sei dies leichter, weil dieselben für ihre Artikel in Preußen bessere Preise erzielen könnten, dagegen aber in Süddeutschland durch außergewöhnlich niedriges Submittieren die dortigen Unternehmer aus dem Felde zu schlagen bemüht seien, so daß diese, um überhaupt Auftrag zu bekommen, sich mit einem ganz geringen Nutzen begnügen müßten. Trotz alledem seien sie aber bereit, den leitenden Berliner Affordtarif mit kleinen Abweichungen anzuerkennen, aber betreffs der allgemeinen Bestimmungen müsse alles beim alten bleiben. Unter diesen Bedingungen seien sie bereit, ab 1. Januar 1912 ein neues Tarifverhältnis mit uns einzugehen.

Dieses „Zugehändnis“ würde für Alm bedeuten, daß von circa 90 Affordpositionen 28 um durchschnittlich 8 1/2 Proz. = 3,08 M. erhöht würden, was auf die Affordhöhe der Gesamtpositionen umgerechnet nur circa 4 Proz. Zulage anemächt. Andererseits bedeutet es aber erstens die Ablehnung des in Berlin bestehenden und anderen Orts in Kraft tretenden dreiprozentigen Zuschlags auf den Arbeitsverdienst als Entschädigung für vom Arbeiter zu stellendes Rohmaterial; zweitens Ablehnung einer Verkürzung der Arbeitszeit, welche jetzt für Affordarbeiter wöchentlich 57 Stunden, für Stundenarbeiter noch 60 Stunden beträgt; drittens Verweigerung einer Erhöhung der Mindestlöhne für Stundenarbeiter; viertens Ablehnung der Bezahlung gesetzlicher Feiertage an auf Zeitlohn beschäftigte Arbeiter.

Dieses „Zugehändnis“ konnte die Kollegen nicht bewegen, ein neues Tarifverhältnis einzugehen, weil durch die enthaltene Vorteile bei weitem nicht die in den letzten drei Jahren eingetretene Verteuerung der gesamten Lebenshaltung ausgeglichen wird, das werden auch die Herren Unternehmer zuweilen müssen, welche ja beide Mitglieder ihrer Gemeindefunktionen sind und sich zur Ehre anrechnen, weitestgehend sozialpolitischen Verhandlungen und arbeiterfreundliche Gefinnung zu haben, so daß zu erwarten ist, daß sie sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen werden, diese beiden schönen Eigenschaften auch praktisch anzuwenden, indem sie ihren eigenen Arbeitern auch ohne Tarifvertrag annehmbare Zugeständnisse machen.

Fedenfalls werden sie damit besser fahren, als wenn sie den Scharfmachergeflüsten Rechnung tragen, welche darauf gerichtet sind, durch Ausperrung oder Raketenlegung einzelner Kollegen die berechtigten und wohlverwagenen Forderungen ihrer Arbeiterschaft zu bekämpfen; dieses brutale Mittel zieht nicht mehr, die Kollegenchaft ist aufgefäkt und gerüstet.

Für die wenigen, welche uns noch fernsehen, ist die gegenwärtige Situation eine ernste Mahnung, sich dem Sattler- und Portefeullerverband anzuschließen!

Wer jetzt nicht mit uns und bei uns ist, stärkt die Bestie der Scharfmacher, schädigt dadurch sich selbst, seine Familie sowie Mitarbeiter und fördert die bei den Verhandlungen von jedem Unternehmer so sehr beklagte und die Militärfabrikanten ruinierende Schmutzkonkurrenz.

Darum, Kollegen, auf den Posten zur Wahrung eurer berechtigten Interessen.

Haus Industrie und Handel.

Angew. Boh. Schme. Akt.-Ges. für Militärarüstungen in Berlin. Der Generalversammlung vom 30. Dezember 1911 wurde für das Geschäftsjahr 1910 eine Bilanz zur Beschlußfassung unterbreitet, die wesentlich anders lautete, als die in der ordentlichen Generalversammlung vom 29. Juni b. J. vorgelegte. Es wird danach nicht ein Betriebsgewinn von 12.918 M., sondern ein Betriebsverlust von 69.256 M. ausgewiesen, so daß sich der Verlustvortrag auf 422.458 M. erhöht. Durch Aufrechnung der noch vorhandenen Reserven von 156.204 M. entmündigt sich dann der Verlustvortrag wieder auf 266.254 M. In dieser abgeänderten Form wurde die Jahresrechnung für 1910 sowie die Interessengemeinschaft mit der Firma A. Wunderlich Nachf. in Berlin und die Ausgabe neuer sechszwanzigtiger Vorzugsaktien genehmigt. Der Vorsitzende bemerkte zu dieser Transaktion, daß die Gesellschaft ihre völlige Selbstständigkeit behalte, daß sie jedoch durch die Verlegung der Betriebe in die Räumlichkeiten der oben

ermähnen Firma und die dadurch ermöglichte Modernisierung der Verwaltungssphäre sehr bedeutende Vorteile erwarte. Auch werde die Gesellschaft nunmehr Ruhe und Zeit gewinnen, ihr Gebäude abzubauen oder zu vermieten. Es besche somit Aussicht, daß für die Gesellschaft wieder einmal eine Zeit besserer Resultate kommen werde. Ohne Erörterung wurde sodann die vorgeschlagene Zamerung des Unternehmens genehmigt.

Deutschlands Außenhandel in Leder und Lederwaren gestaltete sich nach den Nachweisungen des Statistischen Amtes in den ersten 10 Monaten des Vorjahres günstiger als für den gleichen Zeitraum 1910. Die Einfuhr von Sattler- und Tischwaren fiel von 593 auf 561 Doppelzentner, dagegen stieg die Ausfuhr von 54.352 auf 54.580 Doppelzentner. Treibriemen aus Röhren und Leder wurden anstatt 838 Doppelzentner, 915 Doppelzentner eingeführt und stieg die Ausfuhr von 7210 auf 8087 Doppelzentner.

Vom Lederhandel. Auf dem Sattlerledermärkte hält das bisherige Interesse der Käufer an. Es machte sich laufend guter Bedarf bemerkbar. Dies bezieht sich sowohl auf Geschirr-, als auch auf Kapselblanke.

In Wagenverdecklebern jängt das Geschäft an, lebhafter zu werden.

In technischen Ledern, in Nippen usw. zu Schürzen u. dgl. besteht dauernd gute Nachfrage.

Treibriementroupons begehen wieder etwas mehr Interesse. Die Zurückhaltung der Käufer scheint einer etwas lebhafteren Stimmung Platz machen zu wollen. Anscheinend ist guter Bedarf vorhanden.

Auch Klamm- und Zettgarleder gehen ziemlich schlanke aus dem Markte.

In Portefeuilleledern bewegen sich die Umsätze in den gewohnten Grenzen.

Aus anderen Organisationen.

Ein Kartellvertrag ist zwischen den Verbänden der Transportarbeiter und der Maschinisten und Heizer abgeschlossen worden; er betrifft die Agitation, die Lohnbewegungen, die Zuständigkeit und die Liebertreue. — Die „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinbedarbeiter, hat bei Beginn des 15. Jahrganges eine Auflage von 50 000 erreicht.

Der Kampf der Lithographen und Stein drucker, der bekanntlich am 23. Oktober 1911 durch eine Arbeitseinstellung von 1100 Gehilfen in Leipzig entzündet, wird mit ungeschwächter Heftigkeit weiter fortgeführt und erstreckt sich nunmehr auf 43 Städte mit rund 4600 Gehilfen. Verschiedentlich geführte Verhandlungen zwischen dem Unternehmer-schülerverband und dem Gehilfenverband haben noch zu keiner Einigung geführt. Sie scheiterten stets bei der Bestimmung über die Arbeitszeit. Während die Steindruckergehilfen eine Arbeitszeit von 51 Stunden pro Woche fordern, will der Unternehmer-schülerverband die jetzt bestehende Arbeitszeit sogar teilweise verlängern und eine effektive wöchentliche Arbeitszeit von 53 Stunden festgelegt wissen. Außerdem sollen Kontrollapparate und ähnliche Einrichtungen eingeführt werden. Der Prinzipal soll das Recht haben, eine bis jetzt jahrelang bestehende längere Arbeitszeit auf 53 Stunden effektiv zu erhöhen. Die Unternehmer berufen sich hierbei auf die Buchdrucker, die dieses in ihrem neuen Tarif festgelegt haben. Diese Zustimmung der Unternehmervertreter mußte bei den Verhandlungen abgelehnt werden. Außerdem wollten die Unternehmer den in den bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen stehenden Satz, „daß bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen unberührt bleiben“, in Zukunft getrichen wissen. Die Gehilfenvertreter verlangen, daß die Punkte, über die keine Einigung erfolgte, vorläufig zurückgestellt werden sollten; doch die Unternehmervertreter verweigerten das. Erst müßte die Arbeitszeit nach ihrer Formulierung festgelegt werden. So glaubten die Unternehmer die Arbeiter niederzuzwingen. Einmütig haben die Ausgeperrten in allen Städten beschlossen, diesen Zumutungen der Unternehmer gegenüber den aufgezwungenen Kampf bis zum äußersten weiterzuführen. Anlässlich des Weihnachtsfestes und des Quartalswechsels erhielten die Ausgeperrten 107 000 M. Extrazustützung, die von den in Arbeit stehenden Kollegen ausgebracht worden sind. In einer Anzahl von Städten fand bereits eine Einigung zwischen einzelnen Firmen und den Gehilfenvertretern statt, so in Leipzig, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Bielefeld, Hamburg, Hannover, Nürnberg, Offenbach und Stuttgart.

Unter ganz eigenartigen, hoffentlich nicht öfter in der deutschen Arbeiterbewegung zu verzeichnenden Umständen, wurde die Tarifbewegung des Berliner Buchdruckereihilfspersonal durch das Eingreifen der höchsten Tarif- und Verbandsinstanzen zum Abschluß gebracht. Nach einer

im „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärung des Verbandsvorstandes des Hilfsarbeiterverbandes ist bei Beginn der am 18. Dezember 1911 in Berlin stattgefundenen Verhandlungen festgestellt worden, daß die anwesenden Prinzipals- und Hilfsarbeitervertreter zum Abschluß eines Tarifvertrages legitimiert sind. In getrennter Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, daß die am Verträge beteiligten Organisationen die Hauptpflicht bei Kontraktbruch ihrer Mitglieder übernehmen und soll die Haftung unter Mitwirkung des Hauptvorstandes der Hilfsarbeiterorganisation und der Vorstände der Bezirksvereine genau in der gleichen Weise geregelt werden wie seitens der Buchdruckerorganisation gegenüber dem Deutschen Buchdruckerverein. Die Löhne sollen örtlich vereinbart und nach einer festgesetzten Skala von 6 bis 12% Proz. erhöht werden. Wo eine Vereinbarung nicht zustande kommt, wird das Tarifamt beauftragt, die Festsetzung zu übernehmen. Die Vertreter der Berliner Hilfsarbeiter waren mit der angebotenen Lohnhöhung nicht einverstanden. Sie stellten in einer Sitzung mit den Prinzipalsvertretern am 21. Dezember höhere Forderungen, welche die Unternehmer ablehnten. Diese waren gewillt, die am 18. Dezember mit Majorität beschlossene Sätze mit Abänderungen zu halten. Eine Vorstandssitzung des Berliner Druckereihilfsarbeiterverbandes hat nun mit Zustimmung der Lohnkommission den Beschluß gefaßt, nicht zu den örtlichen Verhandlungen zu gehen. Die Prinzipale haben nunmehr die Lohnfestsetzungen allein vorgenommen und diese dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt. Das Tarifamt hat zum 3. Januar eine Sitzung anberaumt und dazu beide Parteien geladen. Die Vertreter der Berliner Hilfsarbeiter lehten ihr Erscheinen auch hierzu ab, worauf die beiden Verbandsvorstände die Vertretung des Berliner Personals übernehmen und nach mehrstündigen Beratungen mit den Berliner Prinzipalsvertretern die Lohnsätze vereinbarten, die vom Tarifamt einstimmig als vom 1. Januar d. J. ab zu Recht bestehend beschlossen wurden. Diese Vereinbarungen wurden in den Berliner Betrieben durch Zirkulare des Verbandsvorstandes bekannt gegeben. — Wir haben es bisher stets bemerkt, uns in die inneren Angelegenheiten einer anderen Organisation zu mischen. Wenn wir in diesem Falle eine Ausnahme davon machen, so ist dies durch das Verhalten der Berliner Arbeitervertreter begründet. Erst gehen sie hin, legitimieren sich als berechtigt, Tarife endgültig abzuschließen, beraten mit und beschließen auch gehen sogar so weit, die Organisation für Kontraktbrüche haftpflichtig zu machen und hinterher lehten sie es ab, auf der von ihnen mitgeschaffenen Grundlage die örtlichen Verhältnisse zu regeln. Wollte der Verbandsvorstand das Freitige der Organisation wahren und sie vor dem Ruin retten, so müßte er, wie gesehen handeln. Hoffentlich sehen die Berliner Vertreter das Unangenehme dieser Situation recht bald ein und sorgen dafür, daß das mühsam Erzwungene nun auch überall durchgeführt wird. — In Halle a. S. und in München ist es ebenfalls zu neuen örtlichen Tarifabschlüssen gekommen.

In einer Anzahl anderer Städte, wie Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Straßburg, Nürnberg, Bremen, Hannover, Breslau, Königsberg sind Verhandlungen im Gange. In Leipzig bedarf es noch der Klärung der Situation. Dort wollen die Unternehmer in mißverständlicher Auslegung der Bestimmungen eigenmächtig den Tarif bestimmen. — Der Streik der Radierer und Anstreicher in der Waggonfabrik zu Görlitz dauert unverändert an. Er wurde veranlaßt durch das Verstreben der Firma, Lohnabzüge von 8-25 Proz. durchzuführen.

Rechtsprechung.

Ein Verbandsbeamter als „Begünstigter“. Anlässlich des Pforzheimer Goldschmiedestreiks wurde der Goldarbeiter W., wie die „Metallarbeiter-Ztg.“ mitteilt, wegen Uebertretung des § 153 der Gewerbeordnung zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt. Gegen dieses Urteil des Amtsgerichts Neuenbürg in Württemberg wurde Berufung beim Landgericht Tübingen anhängig gemacht. Dieses änderte das Urteil dahin ab, daß der Beklagte nicht nach § 153 der Gewerbeordnung, sondern nach den §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuchs zu einer Geldstrafe von 60 M. verurteilt wurde. Diese 60 M. wurden, da W. Verbandsmitglied war und Rechtsschutz erhalten hatte, selbstverständlich von der Verbandskasse an die Gerichtskasse Neuenbürg gefandt. Darauf erfolgte eine Anfrage vom Amtsgericht, wer dem Kassierer die Weisung gegeben habe, das Geld zu zahlen. Zu gleicher Zeit wurde W. vom Amtsgericht vernommen; er solle aussagen, warum er nicht selbst das Geld bezahlt habe und wie der Deutsche Metallarbeiterverband dazu käme, das Geld zu zahlen. W. erzählte dann den genauen Vorgang

der Sache, daß er als Verbandsmitglied Rechtsschutz erhalten habe und selbstverständlich nun auch die Geldstrafe vom Verbands übernommen worden sei. Nunmehr wurde der Verbandsbeamte Kluge unter Anklage gestellt, weil er dem W. gesagt habe, er solle Berufung einlegen, und daß der Verband ihm auch in der zweiten Instanz Rechtsschutz gewähre; also auch die zu erwartende Geldstrafe bezahle. Das Landgericht hat allerdings das Gericht angenommen, denn davon, daß eine Geldstrafe verhängt werden wird, hat man vorher weder etwas gewußt, noch ist darüber gesprochen worden. Die Anklage stütze sich darauf, daß, wenn dem W. gesagt worden sei, der Verband bezahle alles, ein Vergehen nach § 257 des Reichsstrafgesetzbuchs gegeben sei. Der Untersuchungsrichter meinte noch weiter, daß, wenn dem W. das Geld gegeben worden sei, das Gericht keine Handhabe zum Einschreiten habe, aber darin, daß der Verband das Geld selber gezahlt habe, ja, daß dem W. Rechtsschutz gewährt worden sei, könne ein Vergehen erblickt werden. Auf den Einwurf, daß das Mitglied W. ein Recht habe, Rechtsschutz zu verlangen und erst gar keine weitere Auskunft von dem Beamten gebraucht hätte, sagte der Untersuchungsrichter: „In Ihrem Statut ist nicht ausgedrückt, daß es in diesem Falle Rechtsschutz gibt. Es wäre ja auch nicht anzunehmen, daß der Verband einem sträflichen Vergehen Vorlauf leistet. Dann ist unter Rechtsschutz doch nur zu verstehen, daß der Betreffende einen Anwalt bestellt bekommt, weiter kann aber der Rechtsschutz nicht gehen, denn sonst könnte es sein, daß sich der Verband oder dessen Beamte selbst als Helfer oder Mitschuldige strafbar machen. Das Reichsgericht hat im Jahre 1889 bereits einen derartigen Fall erledigt, und der betreffende Beamte wurde wegen Verletzung bestraft. Es ist allerdings eine Rechtsfrage, die das Landgericht Tübingen zu entscheiden hat.“ Ein sonderbarer Begriff das, daß der Rechtsschutz nur so weit gehe, wie der Anwalt in Frage kommt. Es ist ja auch nicht deswegen Berufung eingelegt worden, um eine Geldstrafe zu erreichen; das konnte schon deswegen nicht sein, weil die Anklage auf Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung lautete, also Geldstrafe ausgeschlossen war. Die Strafe von 14 Tagen Gefängnis schien zu hoch; deswegen erfolgte die Berufung. Daß das Landgericht Tübingen die §§ 240 und 241 des Reichsstrafgesetzbuchs anwenden würde, wußte weder der Angeklagte noch der Anwalt. Wenn man die Praxis der Amtsgerichte Neuenbürg und Maulbronn allerdings vom Streik her kennt, kann man sich auch über die Anklage weniger wundern. Das Landgericht Tübingen hat selbst wohl eingesehen, daß hier einmal wieder nichts zu machen ist, denn es hat das Verfahren eingestellt, und der Versuch, wieder einmal einen Gewerkschaftsangeestellten hinter die schweidischen Gardinen zu bringen, ist vorbeigelungen.

Rundschau.

Lupo Brentano und die Streikposten. In der gegenwärtigen Zeit, da die intimsten Perzeptionswünsche extremer Unternehmerverbände hinsichtlich gesetzlicher Einschränkung des Koalitionsrechts sogar von einzelnen bundesstaatlichen Regierungen unterstützt werden, dürfte es angebracht sein, den Standpunkt des in ganz Deutschland bekannten Sozialpolitikers und Volkswirtschaftlers Professors Lupo Brentano gegenüber dieser brennenden Zeit- und Streitfrage kennen zu lernen. Er kennzeichnet nämlich diese anarchischen Bestrebungen der Unternehmer schon vor acht Jahren (1903) mit folgenden trefflichen Worten: „Sie sehen auf beiden Seiten diejenigen Organisationen mit ähnlichen Kampfmitteln. Auf Seite der Arbeiter kommt es nun, nachdem die Arbeit ruht, zunächst darauf an, durch Aufstellen von Schildwachen und Posten Arbeitswille abzuhalten; ihnen, die durch Annoncen und andere Mittel der Unternehmer herbeigelockt wurden, mitzuteilen, um was es sich handelt; sie zu bewegen, doch nicht hier in Arbeit zu treten. Das nennt man Postenstellen. Genau dasselbe finden wir auf Seite der Arbeitgeber. Natürlich, die stehen nicht Posten, die haben es nicht nötig! Der Arbeiter hat kein anderes Kampfmittel, um den ihm unbekannt zuzunehmenden Arbeitern seine Mitteilung zu machen; infolgedessen muß er auf Wachen, in der Nähe der Betriebsstellen seine Posten aufstellen. Der Arbeitgeber dagegen kennt genau die in Betracht kommenden Firmen; da gibt es Telephone, Zirkulare, wodurch man einander mitteilt: „Bei mir sind so und so viele Arbeiter ausgeschlossen. Ich warne dich, sie zu beschäftigen.“ In neuester Zeit schlägt man es sogar auf der Woge an. Da kommt nun die Schwierigkeit unserer Gesetzgebung. Die Mittelungen der Arbeitgeber sind erlaubt, das Postenstellen der Arbeiter wird bestraft. Hier wird plötzlich die Gleichheit auf. Hier haben Sie einen der aller-schwierigsten Punkte unserer modernen Gesetzgebung. Und da gibt es zudem noch gewisse Erwägungen, die dieses Postenstellen, das zurzeit durch

Weges nicht verboten ist, auch gesetzlich, nicht bloß gelegentlich bekämpfen möchten. Alle möglichen Hilfsmittel hat man gebraucht: Wenn ein Arbeiter — sagen wir auf einem Bahnhofs — sich auf eine Bank setzt, um zu lesen, ob da Arbeitswillige zu wandern, so wird er aufgefordert, fortzugehen, und tut er das nicht sogleich, wird er verhaftet wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Oder der Betreffende setzt eine Notiz in die Zeitung: „Achtung, dort und dort ist Streik!“ — er wird wegen groben Unfugs bestraft. Doch was soll ich meine Phantasie abquälen und Ihnen alle diese gewöhnlichen Machinationen vortragen. Man hat selbst die Empfindung, daß dies eine bedenkliche Dehnung der gesetzlichen Bestimmungen ist, wenn man zu solchen Mitteln greift, um die Arbeiter unterwürdig zu machen, sie zu nötigen, sich Arbeitsbedingungen gefallen zu lassen, denen sie als freie Verkäufer ihrer Ware — der Arbeit — widerstreben. Und dabei macht man sich noch der größten Inkonsequenz schuldig, daß man diese Paragraphen nicht auf die Mitteilungen der Arbeitgeber anwendet. Das ist einer der größten Mißstände, diese Ungerechtigkeit — anders kann man nicht sagen —, diese Ungerechtigkeit in der Handhabung der bestehenden Ordnung. Wohl sagt § 152 der Gewerbeordnung: „Alle Verabredungen und Vereinigungen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ sind nimmermehr gestattet, aber — kann man hinzufügen — wer von dieser Erlaubnis Gebrauch macht, wird eingesperrt.“

Streikbruch christlich organisierter Lederarbeiter.
In Schwaben a. N. (Württemberg) sehen die Arbeiter der drei Schuhfabriken seit dem 16. Oktober 1911 im Streik, an dem auch ein halbes Duzend „Christliche“ beteiligt sind. Der Kampf ist ein erbitterter. Die Fabrikanten sind zu keinerlei annehmbaren Zugeständnissen zu bewegen; ihre Absicht ist es sicher, die Arbeiterbewegung in Schwaben lahmzulegen, um dann die Lohn- und Arbeitsbedingungen willkürlich festlegen zu können. Man sollte annehmen, daß auch die „Christlichen“ den Ernst der Situation erfassen und dementsprechend handeln würden. Der Bezirksleiter des „Christlichen“ Lederarbeiterverbandes, Herr Haull, aus Tuttlingen, vertritt jedoch in sehr sonderbarer Weise die Interessen der Arbeiter. Am 16. Dezember ging er zu sämtlichen Schuhfabrikanten, um sich über den Stand der Sache zu „orientieren“. Was dabei gesprochen oder abgemacht wurde, entzieht sich unserer Kenntnis; was aber hierauf folgte, läßt es vermuten. Er berief eine Versammlung ein, an der abgezählte sechs Personen teilnahmen und bearbeitete dann diese nach der bekannten „Christlichen“ Methode. In der dann folgenden „heimlichen“ Abstimmung waren zwei für, drei gegen die Fortführung des Ausstandes und ein Zettel wurde weiß abgegeben. Hierauf erklärte Herr Haull, daß es nun keine Unterstützung mehr gebe.

Trotzdem sich nun noch mehr als hundert Personen im Ausstand befinden, besteht nach Ansicht der Zeitung des „Christlichen“ Lederarbeiterverbandes jedenfalls dort kein Streik mehr, weil drei „Christliche“ so „beschlossen“ haben, und es kann nun mit der Heranziehung „christlicher“ Streikbrecher aus ganz Deutschland auf Kosten des „Christlichen“ Lederarbeiterverbandes begonnen werden, wie das bei dem im vergangenen Frühjahr in Stuttgart stattgefundenen Schuhmachersstreik geschah. Und derjenige Herr Haull befand sich in einer von den Streitenden in Schwaben am 2. Dezember abgehaltenen Versammlung, in der nach einem geheimeren Unterhandlungsversuch fast einstimmig beschlossen wurde, den Kampf weiterzuführen, sah da, stumm wie ein Fisch und sprach kein Wort, obwohl es doch seine Pflicht gewesen wäre, seine etwa gegenteilige Meinung zum Ausdruck zu bringen. Der Streik der Schuhmacher in Schwaben geht trotz des „Beschlusses“ der drei Christlichen nach wie vor unverändert weiter.

Bei der **Christkrankenkasernenwahl** in Reibert wurden für die Gewerkschaftsliste 1601, für die Liste der vereinigten Gegner (katholische und evangelische Vereine, christliche und Hirsch-Dundersche, Militär- und Turnvereine) 801 Stimmen abgegeben.

Bücherchau.

Im Verlage des „Vorwärts“ ist soeben erschienen: „**In Freien Stunden**“ mit dem Roman „**Germinal**“ von Zola. Wöchentlich erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf.

Gedenket der kämpfenden Tabakarbeiter!

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Da noch verhältnismäßig kleineres Geld per Postanweisung einfließen, so machen wir noch einmal darauf aufmerksam, daß wir ein Postcheckkonto eingerichtet haben, weshalb für die Hauptkasse bestimmte Gelder nur per Postkarte einzuliefern sind.

Die Adresse lautet:
Postcheckkonto Nr. 11 502.
Alfred Riedel.

Berlin N. O. 16,
bei dem Postcheckamt in Berlin N. O. 7.

Sollten keine von der Hauptverwaltung zugesandten Postkarten vorhanden sein, so sind dieselben auf jeder Postanstalt kostenlos zu haben. Die Einlieferung der Beträge geschieht also vollständig portofrei.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Brandenburg wurde das Mitglied Max Otto, Buchnummer 11 605, wegen Verstoß gegen die Interessen des Verbandes ausgeschlossen.

Auf Antrag beträgt der Wochenbeitrag für die Verwaltungsstelle Erfurt 60 Pf. und für Erlangen für männliche Mitglieder 60 Pf. und für weibliche 30 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

G. D. in U. Neutral sein heißt keiner Partei angehörig sein. So ist und wird der § 1 unseres Statuts stets angewendet. Wenn wir bei den Wahlen

den Mandatanten der Sozialdemokratie besonders empfehlen, so nur darum, weil diese Partei am wirksamsten Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen vertritt. Im übrigen raten wir Ihnen, den heutigen Leitartikel genau nachzulesen.

Wegen Einblendungen einiger Artikel in letzter Stunde vor Redaktionsschluß machte die Fortsetzung des Artikels die Dimerlebenentwässerung usw. ausbleiben. In Zukunft wird darauf keine Rücksicht genommen.

Adressenänderungen.

Erfurt. B. Paul Zündorf, Weing. 3. part.

Versammlungskalender.

- Berlin. Mittwoch, den 17. Januar 1912, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße 58/59, Generalversammlung.
- Hauen. Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, „Stadt Zittau“.
- Karlsruhe. Samstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, „Kur Lokalbahn“, Kapellenstr. 66.
- Konstanz. Samstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, „Silberner Mond“, Hofbalde.
- Görlitz. Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, „Goldenes Kreuz“.
- Dresden. Dienstag, den 23. Januar, abends 9 Uhr, Generalversammlung im großen Saale des Volkshauses.
- Nachen. Sonntag, den 14. Januar, vormittags 11 Uhr, bei Dohmen, Ecke Johanner- und Paulusstraße.
- Düsseldorf. Samstag, den 20. Januar, abends 9 Uhr, Rest. Hellmann, Wuppertalstr. 60, Marienstraße 65.
- Mülheim (Ruhr). Mittwoch, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Hollerberg, Dicksmall 6.

Anzeigen

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsge nossen Deutschlands, G. H. 64 in Berlin.

Quartalsversammlungen.

- Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Neuwahlen des Vorstandes. 3. Bericht der Revisoren. 4. Verschiedenes.
- Mülheim (Ruhr). Sonnabend, den 20. Januar, abends 9 Uhr, Generalversammlung, im Restaurant Hollenberg, Dicksmall.
- Ghemmitz. Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Goethegarten, Zwißauer Straße.
- Braunschweig. Dienstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Berder 32.
- Görlitz. Sonnabend, den 20. Januar, abends 9 Uhr, bei Karl Deete, Steinweg 43.
- Bismarck. Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Panja“, WVG-Straße 17.
- Wormen. Samstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Gustav Schröder, Gedingshauser Straße 35.
- Dresden. Sonnabend, den 27. Januar, 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Zimmer 1.

Tüchtige Täschner und Koffermacher

bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung auf Vulkanstoffsackoffen, sowie Kunstleder und Koffer-Taschen und Quetscher suchen

Ignatz Lichtenstern's Söhne,
Reisentrassenfabrik in Rißlet, Wahren.
Es wollen sich nur gut eingearbeitete Leute melden.

Tüchtige Sattelmacher

auf Armeesattel, sowie Packtaschenarbeiter, auch Fellarbeiter und Näher stellt ein

Gustav Reinhardt, Berlin,
Markgrafenstr. 70.

Wir suchen bei dauernder Beschäftigung

tüchtige Koffermacher

auf Fibre-, Rohrplatten- u. Holzsocker. Es wollen sich aber nur eingearbeitete, absolut erstklassige Leute melden.

Haeßler & Bödker,
Magdeburg-Weßf.

Kaufe Lederwaren,

Abfälle, Sitte, Rattun, Druckknöpfe usw. — Komme auch auswärts.

J. Knopf, Berlin N. 54, Danzigerstr. 24.

Werkzeuge, Beschläge, Nieten u. Stifte.

Eigentümlichkeit von G. Rehbauer, Offenbach a. M. Lieferung sofort ab Lager.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

Wir sind in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konsumwaren, Bombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich: 100 Stück beste 7 Pfg.-Zigarren für 3 Mk., 100 Stück beste 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück beste 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück beste 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk., 100 Stück beste 15 Pfg.-Zigarren für 8 Mk., 100 Stück beste 20 Pfg.-Zigarren für 12 Mk. — Nichtkonsumwaren werden separat gehandelt. — Versandt nicht unter 100 Stück. — Tel. Veritas, Berlin, Potsdamerstr. 10. Kein Schein, nur 1 Karte. — Best.-Karte 1912.